



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird in der TG 70 (Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen) der Ansatz im Tit. 894 70 (Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen) von 500,0 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.500,0 Tsd. Euro sowie die Verpflichtungsermächtigung von 1.000,0 Tsd. Euro um 3.000,0 Tsd. Euro, fällig in den Jahren 2024 und 2025 zu jeweils 2.000,0 Tsd. Euro, erhöht.

Begründung:

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt sowohl bereits getroffene Maßnahmen, wie die Durchführung von Gutachten zur Sinnhaftigkeit von Verbundintegration, als auch die jetzt geplanten Maßnahmen der Staatsregierung eine bayernweite Abdeckung durch Verkehrs- und Tarifverbünde voranzubringen.

Um weiterhin Anreize für die vermehrte Nutzung des ÖPNV in Bayern zu schaffen, sind ein Ausbau und eine Verbesserung der Verbundstrukturen notwendig. Dafür wird im Kap. 09 06 Tit. 894 70 der Ansatz von 500,0 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.500,0 Tsd. Euro erhöht, sowie die Verpflichtungsermächtigung um 3.000,0 Tsd. Euro auf 4.000,0 Tsd. Euro, fällig in den Jahren 2024 und 2025 zu jeweils 2.000,0 Tsd. Euro, angehoben.

Der Zusammenschluss von Verkehrsverbänden trägt zu einer allgemeinen Attraktivitätssteigerung des ÖPNV bei. Das Zusammenwachsen zu flächendeckenden Verkehrsverbänden ermöglicht eine bessere wirtschaftliche Gestaltung und kann zu betrieblichen Vorteilen der Unternehmen führen. Die dadurch entstehenden engeren Abstimmungen, beispielsweise von einer dauerhaften Vereinfachung des Tarifsystems im ÖPNV im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende, führen zu einem erleichterten Zugang zum ÖPNV, welcher wiederum die Bürgerinnen und Bürger motiviert den ÖPNV zum Verkehrsmittel der Wahl zu machen. Von dieser eng verzahnten Zusammenarbeit profitieren nicht nur die Fahrgäste, sondern auch Verkehrsverbünde, die Kommunen und Landkreise und letztlich auch der Freistaat.

Der Verkehrssektor in Bayern ist einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bei den Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgase muss ihm deshalb eine entscheidende Rolle zukommen. Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztlich auch kostenlosen ÖPNV deutlich. Eine Verkehrswende, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum umwelt- und klimafreundlicheren Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß, macht sich somit auch für Bayern bezahlt. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einer Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.